



AMTSBLATT

des k. u. k. Kreiskommandos in Lubartów.

Lubartów, am 10. September 1916. № II. Abonnementspreis vierteljährig 3 Kronen.

INHALT: 192. Einsetzung des Gouvernementsschulrates. — 193. Regelung des Verkehres mit Kleesamen und Hülsenfrüchten. — 194. Mohnbeschlagnahme. — 195. Beschlagnahme von Knochen, Knochenfett, Olein, Stearin und Leimleder. — 196. Beschlagnahme aller Pelz- und Fellgattungen, gegerbt und ungegerbt, konfektioniert und nichtkonfektioniert (ausgenommen wertvolle Edelfelle). — 197. Verbot von Mitnahme von Büchern, Schriften etc. bei Reisen in die Monarchie und das Ausland. — 198. Unterhaltsbeiträge für Angehörige der Zivilkutscher. — 199. Einhebung erhöhter Stempelgebühren. — 200. Heranziehung von Einwohnern des Okkupationsgebietes zum provisorischen Finanzwachdienste. — 201. Richtpreise für die Zeit vom 1. September bis 30. September 1916. — 202. Arbeiterinnen für Munitionsfabrik Wöllersdorf. — 203. Zulassung rekommandierter Privatbriefe. — 204. Zulassung des Postverkehres mit den Niederlanden und mit Schweden. — 205. Versendung von Zeitungen zum ermässigten Tarife. — 206. Missbrauch der Notbremse in den Zügen der k. u. k. Heeresbahn Nord. — 207. K. u. k. Gendarmeriepostenkommando in Ciotcza-Neuaufstellung. — 208. Spenden. — 209. Schulverein „Polska Macierz szkolna“ in Polen. — 210. Steckbrief. — 211. Verzeichnis über Bestrafungen vom k. u. k. Militärgerichte in der Zeit vom 11. bis 31. August 1916.

192.

Einsetzung des Gouvernementsschulrates.

Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 7. August 1916.

Auf Grund Genehmigung des Armeeoberkommandos wird verordnet, wie folgt:

§ 1.

Zur Beratung des Mil.-Generalgouvernements auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens und der Schulaufsicht wird der „Gouvernementschulrat“ eingesetzt.

§ 2.

Der Begutachtung des Gouvernementsschulrates unterliegen alle Angelegenheiten, die das Unterrichts- und Erziehungswesen oder die Schulaufsicht im ganzen Militär-General-

gouvernement betreffen oder vom Militärgeneralgouverneur fallweise zugewiesen wurden.

Demnach gehört in Fragen des Unterrichts- und Erziehungswesens sowie der Schulaufsicht zum Wirkungskreise des Gouvernementschulrates insbesondere die Begutachtung:

- a) der vom Mil.-Gen.-Gouvernement zu erlassenden Verordnungen und Normalerlässe;
- b) der Jahresvoranschläge;
- c) der Normallehrpläne, Lehrbücher, Lehrmittel und Lehrbehelfe;
- d) der Errichtung, Fortführung, Erweiterung und Schliessung von Unterrichts- und Erziehungsanstalten;
- e) der Subventionierung von privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten.

Der Gouvernementschulrat kann in Angelegenheiten seines Wirkungskreises auch aus eigener Initiative dem Mil.-Gen.-Gouvernement Anträge und Gutachten vorlegen.

§ 3.

Vorsitzender des Gouvernementschulrates ist der Chef des Zivillandeskommissariates.

Mitglieder des Gouvernementschulrates sind:

- a) drei Vertreter der katholischen Kirche, je ein Vertreter der protestantischen und jüdischen Religionsgesellschaft;
- b) vier Fachmänner des Schulwesens;
- c) je ein Vertreter der Städte Kielce, Lublin, Piotrków und Radom;
- d) sechs Vertreter des Zentralhilfskomitees;
- e) ein Vertreter des Vereines „Polska Macierz Szkolna“.

Der Vorstand der Schulabteilung des Mil.-Gen.-Gouvernements, die dem Militär-Generalgouvernement zugeteilten Schulaufsichtsorgane und die fallweise entsendeten behördlichen Vertreter haben an den Beratungen teilzunehmen und die in Beratung stehenden Entwürfe des Militär-Generalgouvernements zu begründen.

Der Vorstand der Schulabteilung des Militär-Generalgouvernements ist Stellvertreter des Vorsitzenden und tritt bei dessen Abwesenheit in seine Rechte.

§ 4.

Die im § 3 lit. a bezeichneten Vertreter ernennt der Militär-Generalgouverneur, und zwar die Vertreter der katholischen Kirche nach Anhörung der Bischöfe in Kielce, Sandomierz und Lublin, den Vertreter der protestantischen Religionsgesellschaft nach Anhörung der evangelisch-augsburgischen Superintendentur in Lublin, den Vertreter der jüdischen Religionsgesellschaft nach Anhörung der jüdischen Kultusgemeinden in Kielce, Lublin, Piotrków und Radom.

Die im § 3 lit. b bezeichneten Fachmänner ernennt der Militär-Generalgouverneur auf Grund der Anträge des Zentralhilfskomitees in Lublin. Die Anträge werden dem Militärgeneralgouvernement in der Weise vorgelegt, dass für jeden der vier Fachmänner je drei Personen in Vorschlag gebracht werden.

Die im § 3 lit. c bezeichneten Vertreter werden von der Stadtgemeindevertretung, oder, wenn eine solche nicht besteht, vom städtischen Hilfskomitee entsendet.

Die im § 3 lit. d bezeichneten Vertreter werden vom Zentralhilfskomitee aus seiner Mitte oder aus sonstigen fachkundigen Personen entsendet.

Die im § 3 lit. e bezeichnete Vertreter wird vom Zentralbureau des Vereines „Polska Macierz szkolna“ in Lublin entsendet.

Die Entsendung der im § 3 lit. c, d, e bezeichneten Vertreter bedarf der Bestätigung des Militärgeneralgouverneurs.

Wenn eine Erklärung des Bischofs, der Superintendentur, der Kultusgemeinden oder des Zentralhilfskomitees, eine Entsendung durch die Stadtgemeindevertretung, das städtische Hilfskomitee, durch das Zentralhilfskomitee oder durch das Zentralbureau des Vereines „Polska Macierz Szkolna“ innerhalb vier Wochen nach der hierauf gerichteten Einladung des Militär-Generalgouvernements unterbleibt, so ernennt der Militär-Generalgouverneur eine entsprechende Zahl von Mitgliedern, die zur Vertretung derselben oder gleichartigen Interessen berufen erscheinen.

§ 5.

Der Gouvernementsschulrat versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden. Seine Gutachten werden mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder (§ 3, lit. a—e) erstattet. Der Vorsitzende stimmt nicht mit, kann jedoch bei gleichgeteilten Stimmen entscheiden.

Der Protokollführer wird vom Militär-Generalgouverneur bestimmt.

§ 6.

Mit Zustimmung des Militär-Generalgouverneurs kann der Gouvernementsschulrat auch Personen, die ihm nicht angehören, mit der Ausarbeitung von Gutachten und Erstattung von Berichten betrauen.

§ 7.

Verfügungen und Entscheidungen des Militärgeneralgouverneurs, die in Angelegenheiten des Wirkungskreises des Gouvernementsschulrates dringlichkeitshalber ohne dessen Begutachtung getroffen wurden, sind dem Gouvernementsschulrate in seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

§ 8.

Den ausserhalb des Standortes des Militärgeneralgouvernements wohnhaften Mitgliedern des Gouvernementsschulrates gebührt für die Zu- und Heimreise der Ersatz der baren Wagen- und Eisenbahnfahrtauslagen (II. Klasse), sowie tägliche Diäten von zwanzig Kronen für jeden Sitzungstag und für jeden für die Reise aufgewendeten vollen Reisetag.

§ 9.

Die Mitglieder des Gouvernementsschulrates können sich vom Zustande und dem Betriebe der öffentlichen und Privatschulen durch persönliche Wahrnehmung überzeugen; Anträge auf Grund dieser Wahrnehmungen sind dem Militär-Generalgouvernement schriftlich vorzulegen. Soweit die Mitglieder nicht vom zuständigen Kommando mit Aufgaben der Schulaufsicht betraut sind, haben sie sich auf die Erstattung dieser Anträge zu beschränken. Sie dürfen gegenüber den Schulverwaltern, Lehr- und Aufsichtsorganen keinerlei Anregungen vorbringen, die den Anschein behördlichen Verfügungen wachrufen könnten.

§ 10.

Die Mitglieder des Gouvernementsschulrates haben über die Beratungen strengstes Stillschweigen zu beobachten. Die Einhaltung dieser Pflicht ist beim Eintritte dem Vorsitzenden durch Handschlag zu geloben.

§ 11.

Der Militär-Generalgouverneur kann einzelne Mitglieder von ihrer Funktionen entheben oder den Gouvernementsschulrat auflösen.

§ 12.

Der Militär-Generalgouverneur bestimmt auf Antrag des Gouvernementsschulrates aus den Mitgliedern desselben zwei oder drei Mitglieder als Ausschuss des Gouvernementsschulrates. Vorsitzender des Ausschusses ist der Vorstand der Schulabteilung des Militärgeneralgouvernements. Dem Ausschusse wird ein weiterer Beamter des Militärgeneralgouvernements fallweise zugeteilt. Der Ausschuss hat an der Vorbereitung der Geschäfte mitzuwirken, die zur Beratung im Gouvernementsschulrate gelangen sollen.

Der Ausschuss wird vom Vorstande der Schulabteilung des Militärgeneralgouvernements wenigstens einmal monatlich einberufen.

Die Ausschussmitglieder haben keinen Anspruch auf die im § 8 erwähnten Reise- und Diätengebühren.

§ 13.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Regelung des Verkehrs mit Kleesamen u. Hülsenfrüchten.

Gemäss Vdg. des Armeeeoberkommandanten vom 11./VI. 1916 (Vdg.-Bl. der k. u. k. Mil. Verw. Polens Nr. 61) bestimme ich:

§ 1.

Beschlagnahme.

Rotklee, Weissklee, Seradella, Lupine, Wicke, Pferdebohne, Peluschka—der Ernte des Jahres 1916, sowie etwa vom Vorjahre noch verbliebene Restbestände solcher Produkte sind zu Gunsten der Mil. Verwaltung beschlagnahmt.

§ 2.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, dass die beschlagnahmten Samereien ohne Bewilligung des Kreiskommandos weder verarbeitet, verbraucht, verfüttert noch veräussert resp. gekauft werden dürfen.

Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstossen sind ungiltig; desgleichen auch alle vor Beginn der Wirksamkeit dieser Verordnung abgeschlossenen Geschäfte. (§ 11 und 12 der obzitierten Verordnung).

§ 3.

Von der Beschlagnahme ist das durch die Produzenten für den Anbau benötigte Saatgut ausgenommen. Dem Produzenten ist es überdies gestattet, die Hälfte der produzierenden Pferdebohnen in eigener Wirtschaft zu verfüttern.

§ 4.

Zur Regelung der Art und Zeit der Übernahme sowie zur Bestimmung der Übernahmepreise wird in geeigneter Zeit eine gesonderte Verordnung ergehen.

§ 5.

Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Verordnung oder einer auf Grund derselben erlassenen Vorschrift werden vom Kreiskommando, sofern die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt, mit Geldstrafen bis zu K 5000.—oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann eine Geldstrafe bis zu K 3000.—verhängt werden.

§ 6.

Wirksamkeitsbeginn.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

Mohnbeschlagnahme.

Auf Grund des § 4 und 5 der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 11./6. 1916 Nr. 61 (Verordnungsblatt der k. u. k. Militärverwaltung in Polen XXIII. Stück) und auf Grund der M.-G.-G. Verordnung E. V. Nr. 80326 vom 7./9. 1916 verfüge ich wie folgt:

§ 1.

Der gesamte Mohn, gleichgiltig ob derselbe aus eigenem oder aus dem im Frühjahre durch das Kreiskommando zugewiesenen Saatgut stammt, ist beschlagnahmt.

§ 2.

Jeder Verkehr mit Mohn ist untersagt.

§ 3.

Der Mohn wird durch hiezu vom Militärgeneralgouvernement legitimierte Personen aufgekauft und sind die Produzenten zum Verkauf ihres gesamten Mohnes zu den im § 4 festgesetzten Preisen verpflichtet. Saatgut darf nicht zurückbehalten werden.

§ 4.

Der Übernahmepreis beträgt 145 K. per 100 kg. ab Bahn.

§ 5.

Übertretungen dieser Verordnung werden vom Kreiskommando nach § 10 der eingangs erwähnten Verordnung bzw. bezüglich des Ausfuhrverbotes nach § 7 der Verordnung № 47 vom 16. Dezember 1915 geahndet.

§ 6.

Die Bestimmungen der §§ 11 und 12 der eingangs zitierten Verordnung finden auch auf Mohn sinngemässe Anwendung. Diese Verordnung tritt mit dem Kundmachungstage in Kraft.

№ 15055/v ex 1916.

195.

Beschlagnahme von Knochen, Knochenfett, Olein, Stearin und Leimleder.

1. Der gesammte Vorrat an rohen und geschmolzenen Talg, sowie alle Vorräte von Knochen und Knochenfett der Zivilschlächtereien, ferner Olein, Stearin und Leimleder werden zu Gunsten der k. u. k. Militärverwaltung beschlagnahmt und ist infolge dessen jeder Verkehr in diesen Artikeln untersagt.

Die Beschlagnahme betrifft sowohl die bereits jetzt vorrätigen, als auch die in Zukunft vorkommenden Talg- und Knochenmengen.

2. Sowohl der Talg und das Knochenfett, als auch die Knochen werden durch hiezu vom Wirtschaftsausschusse des k. u. k. M.-G.-G legitimierte Einkäufer übernommen.

Der Übernahmepreis beträgt:

für geschmolzenen Talg	—	—	—	—	K	5.—	pro	1 kg
„ Kerntalg	—	—	—	—	—	K	2.50	„ 1 „
„ Ausschnittalg und Darmfett	—	—	—	—	K	1.50	„ 1 „	
„ Knochenfett	—	—	—	—	—	K	4.—	„ 1 „
„ Olein	—	—	—	—	—	K	5.50	„ 1 „
„ Stearin	—	—	—	—	—	K	8.—	„ 1 „
„ Knochen	—	—	—	—	—	K	15.—	„ 100 „
„ Leimleder	—	—	—	—	—	K	30.—	„ 100 „

3. Die in den Seifensiedereien und Gerbereien vorrätigen Fettmengen unterliegen ebenfalls der obigen Beschlagnahme und werden denselben künftighin die zum Fortbetrieb notwendigen Fettstoffe durch das Militärgeneralgouvernement zugewiesen, bei welchem der Bedarf anzusprechen ist.

Die Seifensiedereien sind verpflichtet, eine minimal 30%-ige Seife, deren Fettgehalt auf der Seife durch Einprägung ersichtlich gemacht ist und deren Verkaufshöchstpreis noch bestimmt werden wird, zu erzeugen.

Die Seifensieder sind verpflichtet, Aufzeichnungen zu führen, aus denen die Verwendung der Rohmaterialien vollkommen ersichtlich ist.

4. Sämtliche Vorräte an obgenannten Artikeln sind dem Kreiskommando in Lubartów bis längstens 10. September 1916 schriftlich anzuzeigen.

5. Übertretungen dieser Verordnung werden vom Kreiskommando soferne die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt, mit Geldstrafen bis zu zweitausend Kronen oder mit Arreststrafen zu sechs Monaten geahndet. Die nicht angemeldeten Vorräte verfallen zu Gunsten des M.-G.-G.

Nr. 15.240/v ex 1916.

196.

K u n d m a c h u n g

betreffend die Beschlagnahme aller Pelz- und Fellgattungen, gegerbt und ungegerbt, konfektioniert und nichtkonfektioniert (ausgenommen wertvolle Edelfelle).

Auf Grund der Verordnung J. Nr. 14.488 des Militär-General-Gouvernements in Lublin wird verfügt:

1. Sämtliche Pelz- und Fellgattungen, gegerbt und ungegerbt, konfektioniert und nichtkonfektioniert (mit Ausnahme wertvoller Edelfelle) bei Händlern, Kürschnern, Gerbern, Fleischbauern, Verwahrern, Privaten (ausgenommen zum persönlichen Gebrauche bestimmt) oder bei wem sonst immer bereits vorhanden oder wie sonst immer künftig vorkommend, im ganzen Mil.-Gen.-Gouv.-Bereiche, werden zu Gunsten der k. u. k. Heeresverwaltung in Anspruch genommen und beschlagnahmt.

2. Alle Besitzer oder Verwahrer obenangeführter Pelz- und Fellgattungen sind daher zur schriftlichen Anmeldung und Anzeige an das zuständige Kreiskommando sofort nach dem Erscheinen dieser Kundmachung verpflichtet.

Diese Anmeldungen haben zu enthalten die Art, Anzahl und Lagerort solcher Pelz- und Fellgattungen und sind deutlich leserlich vom Besitzer zu unterfertigen.

Jeder weitere Vorratszuwachs ist jeweils, binnen drei Tagen, neu zu melden.

3. Jede unrichtige Anzeige, jeder freie Verkauf, jede Uebertragung an einen anderen Ort, jede Entledigung, das Verbergen oder Veräußern irgend welcher Art ist verboten.

Daher ist es auch Kürschnern, Gerbern und Händlern verboten, solche Felle anzukaufen.

Übertretungen dieses Verbotes werden mit Geldstrafen bis zu 2000 K oder mit Arreststrafe bis zu 6 Monaten bestraft. Dieselbe Strafe hat auch jeder zu gewärtigen, welcher von einer ihm bekannten Anmeldungspflicht und nicht angemeldeten Vorräten dem Kreiskommando die Anzeige nicht erstattet.

Die Unterlassung der Anzeige zieht überdies noch die Konfiskation des hinterzogenen Vorrates nach sich.

Dem Anzeiger eines hinterzogenen Vorrates wird eine Prämie von 5% des Schätzungswertes dieses Vorrates zugesichert.

Diese Prämie ist nur auf Zivilpersonen beschränkt.

4. Die zu zahlenden Preise werden vom Mil.-Gen.-Gouv. rechtzeitig bestimmt und veröffentlicht werden.

Präs. Nr. 92 ex 1916.

197.

Verbot der Mitnahme von Büchern, Schriften etc. bei Reisen in die Monarchie und das Ausland.

Im Sinne des Erlasses des AOK. K. Nr. 11.000 ex 1916 ist den Reisenden jedwede Mitnahme von Schriften, Drucksorten, Plänen, Photos, Films etc. in die Monarchie, in das deutsche Okkupationsgebiet und in das neutrale Ausland, grundsätzlich verboten, und hat deren Beförderung auf postalischem Wege zu erfolgen.

Die Grenzkontrollstellen sind angewiesen, solche Gegenstände zu konfiszieren und nach besonderen Verordnungen zu behandeln.

Mit Rücksicht darauf, dass die Reisenden in Unkenntnis dieser Bestimmungen derartige Gegenstände, die Juden hauptsächlich Gebetbücher mitführen, welche von den Grenzkontrollorganen konfisziert werden müssen, wird diese Verordnung zur allgemeinen Kenntnis verlautbart.

Exh. № 15859/v ex 1916.

198.

Unterhaltsbeiträge für Angehörige der Zivilkutscher.

Im Nachhange zur ha. Verordnung Nr. 13902/v vom 8./8. 1916 (A. O. K. Verordnung Op. Nr. 58505 vom 23. Mai 1916) betreffend die Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der R. P. Zivilarbeiter bei 1., 2., und 4. A. K., publiziert im ho. Amtsblatte Nr. 10 ex 1916 sub Post 181 wird mit Bezug auf Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements vom 30. August 1916 Nr. 100148 verlautbart, dass unter Zivilarbeiter auch die Zivilkutscher zu verstehen sind.

Hiebei wird bemerkt, dass Unterhaltsbeiträge an Familienangehörige der bei allen Armeen in Felde verwendeten, aus dem Bereiche des Militärgeneralgouvernements stammenden Zivilkutscher im Sinne des Punktes 7 der ho. Verordnung, publiziert im ho. Amtsblatte Nr. 5 ex 1916 sub. Post 9 (Verordnung des Militärgeneralgouvernements vom 31. März 1916 N. Nr. 15244) zuerkannt werden.

Die Angehörigen der Zivilkutscher, welche im Sinne dieser Verordnung einen Anspruch auf Unterhaltsbeitrag besitzen, haben ihre genau instruierten Gesuche bis 30. September 1916 beim Kreiskommando in Lubartów einzubringen.

199.

Einhebung erhöhter Stempelgebühren.

Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs
vom 21. Juli 1916.

In Übereinstimmung mit den am 4. Oktober 1914 sanktionierten Beschlüsse des russischen Ministerrates (russ. RGBL. Nr. 308 vom 12. November 1914, Zl. 2870) wird gemäss des Art. 48 der Haager Landkriegordnung verordnet wie folgt:

1) Die bisherige fixe Stempelgebühr im Betrage von 1 Rb. 25 kop. per Bogen (Art. 13 des Geb. Ges., Ges. Samml. Band V, Ausgabe v. J. 1912) wird auf 2 Rb. von jedem Bogen erhöht.

2. Die bisherige fixe Stempelgebühr im Betrage von 75 Kop. per Bogen (Art. 14 und 15 des Geb. Ges., Ges. Samml. Band V, Ausgabe v. J. 1912) wird auf 1 Rb. von jedem Bogen erhöht.

3. Die Aktenstempelgebühr der niederen Norm (Art. 50 P. 2 des Geb. Ges., Ges. Samml. Band V, Ausgabe v. J. 1912) von den im Artikel 57 und 57/1 des Gebührengesetzes (Ausgabe 1903 und 1912) aufgezählten Akten und Urkunden auf jeden Betrag wird auf 10 Kop. von je 100 Rb. des Betrages bis zu 10.000 Rb. und auf 1 Rb. von je 1000 Rb. des 10.000 Rb. übersteigenden Betrages festgesetzt, wobei nicht volle 100 Rb. und 1000 Rb. als voll gerechnet werden.

4. Die Aktenstempelgebühr der höheren Norm von den im Artikel 54 des Geb. Ges. (Ges. Samml. Band V, Ausgabe ex 1903) genannten verzinslichen Wertpapieren wird auf 1% des Wertes dieser Effekten (Art. 37 des Geb. Ges.) festgesetzt.

5. Die Absätze 21, 27 und 30 des Art. 13, Absatz 1 des Art. 38, Artikel 45, 51/1, 57/1, 60 (alle nach Ausgabe ex 1912) und Art. 128 des Geb. Ges. (Ges. Samml. Band V, Ausgabe ex 1903) werden, wie folgt abgeändert:

Art. 13.

Der fixen Stempelgebühr a 2 Rb. von jedem Bogen unterliegen:

Abs. 21.

Auszüge (mit Ausnahme der ersten d. i. der Hauptexemplare; Notariatsordnung ex 1892, Art. 195, 196) und Abschriften der Akten und Urkunden, welche der perzentuellen Stempelgebühr unterliegen, ferner Protesturkunden über Geldverpflichtungen, welche der Wechselstempelgebühr unterliegen, wenn die Stempelgebühr von dem ersten oder Hauptauszuge, Originalakte u. Urkunde oder von der protestierten Geldverpflichtung nicht weniger als 2 Rb. beträgt.

Abs. 27.

Assekuranzpolizzen, sowie die dieselben vertretenden Rechnungen und Quittungen bei allerlei Versicherungen (mit Ausnahme jener im Art. 68, Absatz 1 und Art. 69, Absatz 12) ferner allerlei Verträge über Versicherungen der Effekten, Aktien und verzinslichen Wertpapiere, wenn die entfallende Prämie 30 Rb. und bei Feuerversicherung, wenn diese Prämie 30 Rb. nicht aber 400 Rb. übersteigt.

Abs. 30.

Die seitens der staatlichen, öffentlichen und privaten Kreditinstitute, dann durch die Bankgeschäfte treibenden Wechselstuben und Privatgesellschaften ausgestellten Zeugnisse, Billets und Geldeinlagscheine über Geldeinlagen mit oder ohne Termin (mit Ausnahmen der Geldeinlagen auf laufende Rechnung) wenn die Geldeinlage 1000 Rb. übersteigt, sowie über Depositeneinlagen (ausgenommen die Einlagen auf laufende Rechnung) wenn die Depositeneinlage 1000 Rb. nicht aber 2000 Rb. übersteigt. Wenn die in Rede stehenden Zeugnisse, Billets und Bescheinigungen in Form spezieller Erlagsbücher ausgefolgt werden, unterliegt der Stempelgebühr jede Eintragung über eine 1000 Rb. übersteigende Geldeinlage und bei Depositeneinlagen jede Eintragung über eine 1000 Rb. nicht aber 2000 Rb. übersteigende Geldeinlage.

Art. 38.

Verabredungen und Verpflichtungen, in welchen beim Vertragsabschlusse der Wert des Entgeltes im voraus nicht angegeben werden kann, z. B. bei den Lieferungen der Materialien nach dem vereinbarten Preise in einer Quantität, welche je nach dem Bedarfe sich ergeben wird, bei Ausführung der Arbeit gegen tägliche Entlohnung, wenn die Entlohnung von der Anzahl der erzeugten Produkte abhängig ist u. s. w., unterliegen der Stempelgebühr gemäss nachstehenden Grundsätzen.

1) Beim Abschlusse des Vertrages auf einen in diesem Vertrage nicht bestimmten Betrag wird die fixe Stempelgebühr von 2 Rb. eingehoben (Art. 13, Absatz 11).

Art. 45.

Wenn die Stempelgebühr von den ersten oder Hauptausfertigungen, sowie von den Akten und Urkunden, welche der Aktenstempelgebühr unterliegen, oder von den protestierten, der Wechselstempelgebühr unterliegenden Schuldverschreibungen, weniger als 2 Rb. beträgt, (Art. 13, Absatz 21) so unterliegen die folgenden Ausfertigungen und Kopien der Originalakten und Urkunden sowie Protestakten dieser Schulurkunden derselben Gebühr wie die ersten oder Hauptausfertigungen, Originalakten und Urkunden und protestierten Schuldverschreibungen.

Art. 51/1.

Der Aktenstempelgebühr der höheren Norm in dem im Artikel 50, Absatz 1, Lit. a, (Ausgabe ex 1912) festgesetzten Ausmasse unterliegen betreffend die Feuerversicherungs-

Assekuranzpolizzen, die dieselben vertretenden Rechnungen oder Quittungen (mit Ausnahme jener im Artikel 69, Abs. 11 erwähnten), wenn die Prämie 400 Rb. übersteigt.

Art. 57/1.

Der Aktenstempelgebühr der niederen Norm in dem im Artikel 50, Absatz 2 (Ausgabe ex 1912) festgesetzten Ausmasse, unterliegen die seitens der staats-öffentlichen und privaten Kreditinstitute sowie seitens der Bankgeschäfte treibenden Wechselstuben und Privatgesellschaften ausgestellten Zeugnisse, Billets und Depositenscheine über Depositeneinlagen (ausser Depositeneinlagen auf laufende Rechnung), wenn die Summe des Depositums 2000 Rb. übersteigt.

Wenn die bezeichneten Zeugnisse, Billets und Depositenscheine in Form spezieller Einlagebüchel ausgefolgt werden, wird die Gebühr für jede Eintragung der Geldeinlage, die 2000 Rb. übersteigt, eingehoben.

Art. 60.

Wenn der Wert der Handelstransaktion auch nicht annähernd ermittelt werden kann, so unterliegt diese Transaktion unmittelbar bei ihrem Abschlusse der fixen Stempelgebühr per 2 Rb. (Art. 13, Abs. 11 Ausgabe ex 1912). Die nachträgliche Aktenstempelgebühr von dieser Transaktion nach Feststellung des durch ihre Ausführung bewirkten Betrages wird spätestens eine Woche nach Erhalt durch den Erwerber der letzte Warenpartie oder der Urkunde, welche die Ausführung des Vertrages feststellt, (Handelsrechnung, Memoirnotize, Schlussbrief etc.) eingehoben.

Von dieser Gebühr wird die beim Vertragsabschlusse entrichtete Stempelgebühr in Abzug gebracht.

Art. 128.

Die Nachtragsstempelgebühr von den im vorhergehenden Artikel (127) erwähnten Akten und Urkunden kann in Stempelmarken auf die im Artikel 119 festgesetzte Art entrichtet werden, wobei einer der Kontrahenten selbst die Stempelmarke entwerfen kann, wenn die Bemessungsgrundlage in den in Artikel 60 und 61 genannten Akten und Dokumenten 500 Rb. und in anderen Akten und Dokumenten 100 Rb. nicht übersteigt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

200.

Heranziehung von Einwohnern des Okkupationsgebietes zum provisorischen Finanzwachdienste.

Freiwillig sich meldende Einwohner des Okkupationsgebietes können nach vorheriger Einschulung beim k. u. k. Finanzwachkommando in Lublin zum aushilfsweisen Dienste bei der Finanzwache aufgenommen werden.

I. Aufnahmebedingungen.

Bedingung zur Aufnahme ist nebst physischer Eignung:

- a). Die volle Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift; (jene, welche auch der deutschen Sprache mächtig sind, finden eine vorzugsweise Berücksichtigung),
- b). eine der ihnen zufallenden Dienstessphäre entsprechende Intelligenz,
- c). makellostes Vorleben,
- d). ein Alter von über 18. bis höchstens 35 Jahren,
- e.) der Besitz einer mitzubringenden warmen Decke und Wäsche.

Minderjährige haben sich mit der schriftlichen Einwilligung des Vaters (Vormundes), welche von der Gemeinde bestätigt sein muss, auszuweisen.

II. Gebührenbestimmungen.

Diese Personen erhalten eine tägliche Entlohnung von 5 (fünf) Kronen pro Mann bewilligt. — Der Taglohn wird ihnen vom Tage ihres Dienstantrittes beim k. u. k. Finanzwachkommando in Lublin von 5 zu 5 Tagen in vorhinein ausgezahlt. Der Dienst ist von diesen Personen vorläufig in ihrer eigenen Kleidung zu versehen; für ihre Unterbringung und voraussichtlich auch für eine kräftige, doch billige Verköstigung, welche sie aus ihrem Taglohn zu zahlen haben, wird das Finanzwachkommando vorsorgen. Durch diese Anwerbung können intelligentere, arbeitslose Personen vorteilhafte Existenzbedingungen erlangen. Diese Personen unterwerfen sich auf die Dauer ihrer freiwillig übernommenen Verpflichtung der Militärgewalt und geloben diese feierlich. Dienstesnachlässigkeit und Fahrlässigkeit, unreelle oder gar verbrecherische Handlungen würden—ausser Entlassung—Strafen nach dem Mil. Strafgesetz nach sich ziehen. Leute die sich freiwillig zu Eintritt in die poln. Legionen melden sind nicht fürzuwählen.

Bewerber um die Aufnahme in den obenbezeichneten Dienst haben sich **bis 1 November 1916** in der Finanzabteilung des k. u. k. Kreiskommandos in Lubartów mit den Originaldokumenten wie Taufschein, Schulzeugnisse, Leumundezeugnis zu melden. Die Eintretenden werden durch das k. u. k. M. G.-G. mit Monturen und Schuhen beteiligt.



Richtpreise

FÜR DEN KREIS LUBARTÓW

für die Zeit von 1. September bis 31. September 1916.

(Anmerkung: **Richtpreise** haben den Zweck den Verkäufern und Käufern eine allgemeine Richtschnur für die Angemessenheit der Preisbildung zu geben, von welcher Richtschnur Abweichungen in der Regel **unzulässig** sind.

Behördlich kundgemachte **Höchstpreise** dürfen unter keinen Umständen überschritten werden und bildet ihre Überschreitung an und für sich eine strafbare Handlung und zwar ohne Rücksicht auf Gestehungs- und Regiekosten.

Warengruppe	W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannt- ter höchster Preis										Anmerkung	
		RICHTPREIS											
		Grosshandel					Kleinhandel						
		Gewichts- einheit	K.	h	Rb.	kop.	Gewichts- einheit	K.	h	Rb.	kop.		
A) Fleisch, Selch, Fett u. Wurstwaren.	Rindfleisch mit Knochen						Pfund	1	60			64	
	Rindfleisch ohne Knochen						"						
	Lungenbraten						"	2	25			90	
	Kalbfleisch						"	1	36			54	
	Schweinsbraten						"	2	20			88	
	Schweinefleisch						"	1	80			72	
	Selchfleisch						"	2	30			92	
	grüner Speck oder Schmeer						"	2	50	1	—		
	geräucherter Speck						"	3	—	1	20		
	Schweineschmalz						"	2	80	1	12		
	Rindsfett						"	1	75			70	
	Margerineschmalz						"						
	Pflanzenfett						"						
	gewöhnliche Wurst						"	2	40			96	
	Krakauer Wurst						"	3	—	1	20		
Presswurst						"	2	20			88		
Sardinenwurst						"	2	50	1	—			
B) Geflügel, Fische.	Gänse						Stück	6	—	2		40	
	Enten geschlachtet						"	3	50	1		40	
	Hühner (geschlachtet)						"	2	—			80	
	Frühjahrshühner						"						
	Perlhühner												
	Truthühner												
	Karpfen						Pfund	1	50			60	
	Karauschen						"	1	50			60	
	Hechte						"	1	50			60	
	Schleie						"	1	50			60	
	Seefische												
	Heringe (gesalzen)						"	1	20			48	

[illegible]

Warengruppe	W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannt- ter höchster Preis. R I C H T P R E I S										Anmerkung
		Grosshandel					Kleinhandel					
		Gewichts- einheit	K	h	Rb.	kop.	Gewichts- einheit	K	h	Rb.	kop.	
G) Gemüse (nach Jahreszeit).	Kartoffeln						Pfund		4		1½	
	Spinat								50		20	
	Salat						"		30		12	
	Zwiebeln						"		30		12	
	Knoblauch						"		80		32	
	Kraut frisch						"		10		4	
	Kohlrüben						"		20		08	
H) Obst u. Obstkons.	Apfel						Pfund		12		05	
	Birnen						"		18		7½	
	Pflaumen						"		12		05	
J) Getränke.	Wein						1 Liter	2	50	1	—	
	Bier								65		26	
	Branntwein							11	—	4	20	
	Rum											
	Sodawasser								20		08	
	Kracherle								20		08	
K) Schlachtvieh.	Ochsen (Lebendgewicht)	1 Pud	40	—	16	—						
	Stiere		35	—	14	—						
	Kühe		35	—	14	—						
	Jungvieh		33	—	13	20						
	Kälber		30	—	12	—						
	Schweine		49	—	19	60						
	Schafe											
	Ziegen											
L) Futterartikel.	Heu	1 q	8	50	3	40						
	Stroh		4	40	1	76						
	Zuckerrüben		2	40		96						
	Futterrüben		1	20		48						
	Pferdebohnen		20	—	8	—						
	Wicke											
M) Beheizungs, Beleich- tungs, Reinigungsmaterial	Brennholz hart	1 Klafter	70		28	—	1 Pud		75		30	
	Brennholz weich	"	63		25	20	"		70		28	
	Steinkohle	1 Pud	1	05		42	"	1	10		44	
	Petroleum		8	—	3	20	1 Quart		50		20	
	Brennspiritus						"	1	10		44	
	Zündhölzchen	1 Paket		40		16	1 Schachtel		05		02	
	gewöhnliche Stearinkerzen						Pfund	3	20	1	28	
	gewöhnliche Kernseife						"	4	—	1	60	
	gewöhnliche Schmierseife											
	Kristallsoda								60		24	

Amtlich
festgesetzter
Preis

Arbeiterinnen für Munitionsfabrik Wöllersdorf ad M.-G.-G. A. V. Nr. 10281/16.

Manuell geschickte Arbeiterinnen werden für Munitionsfabrik Wöllersdorf gesucht.

Arbeitsbedingungen: Taglohn anfangs 5 Kronen, kann noch erhöht werden, freie Unterkunft in Baracken, Unfalls- und Krankenversicherung, sowie gemeinsame Frauenmehreage gegen Entgelt von 1 Krone täglich.

Anmeldungen werden sofort durch das Kreisarbeitsvermittlungsamt in den Amtsstunden entgegengenommen.

203.

Zulassung rekommandierter Privatbriefe.

Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 8. Juli 1916.

I. Auf Grund des § 11 der Verordnung des Armeeoberkommandanten von 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird **vom 15. Juli 1916** an die Versendung von **rekommandierten** Privatbriefsendungen im **inneren** Postverkehr des k. u. k. Okkupationsgebietes in Polen sowie im Verkehre mit **Österreich, Ungarn, Bosnien-Herzegovina und dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Serbien** unter nachfolgenden Bedingungen zugelassen:

1. Mit der Annahme und Abgabe von rekommandierten Briefpostsendungen werden im k. u. k. Okkupationsgebiete vorläufig nur die Etappenpostämter I. Klasse betraut.

2. Sämtliche zugelassene Gattungen von Briefpostsendungen (Briefe, Korrespondenzkarten, Drucksachen, Warenproben) mit Ausnahme der zum ermässigten Zeitungstarif versendeten Zeitungen können rekommandiert werden.

3. Im Okkupationsgebiete müssen die rekommandierten Privat-Briefpostsendungen offen zur Post aufgeliefert werden, aus der Monarchie nach dem Okkupationsgebiet können sie offen oder geschlossen sein.

4. Die rekommandierten Briefsendungen unterliegen den allgemeinen Versendungsbedingungen für gewöhnliche Briefpostsendungen gleicher Art.

5. Die Adresse muss mit Tinte oder Tintenstift geschrieben oder mit Druck oder Schreibmaschine hergestellt sein. Sendungen mit Chiffreadressen sind von der Rekommandierung ausgeschlossen.

6. Der Einschluss von Wertpapieren oder Bargeld ist verboten. Sendungen, in denen ein solcher Inhalt festgestellt wird, werden an den Aufgeber zurückgeleitet.

7. Nachnahmebelastung, Expresszustellung, Zustellung zu eigenen Händen, Rückscheine und Empfangscheine sind vorläufig nicht zugelassen.

8. Die Rekommandationsgebühr beträgt 25 h und muss gleich wie die Versendungsgebühr bei der Aufgabe entrichtet werden.

9. Eine Zustellung der rekommandierten Sendungen findet im Okkupationsgebiete nicht statt. Die eingelangten rekommandierten Sendungen werden, insoweit der Bestelldienst eingerichtet ist, durch Ausfolgung des Abgabebescheines an den Empfangsberechtigten avisiert. Die Avisogebühr beträgt 4 h.

10. Im Falle des Verlustes einer rekommandierten Briefpostsendung wird, der Fall höherer Gewalt ausgenommen, dem Absender oder auf dessen Verlangen dem Empfänger eine Entschädigung im Betrage bis zu 50 K geleistet.

11. Die Frist für die Einbringung der Reklamation beträgt 6 Monate vom Tage der Aufgabe der Sendung an gerechnet. Mit der Versäumnis der Frist erlischt der Anspruch auf eine Entschädigung.

II. Die Versendung von rekommandierten Briefpostsendungen wird zu gleicher Zeit auch im Verkehre zwischen dem österr.-ung. Okkupationsgebiete in Polen einerseits und

Deutschland sowie dem Generalgouvernement Warschau andererseits, u. z. im allgemeinen zu den gleichen Bedingungen wie im Verkehre mit der österreichisch-ungarischen Monarchie zugelassen.

Jedoch müssen diese rekommandierten Briefsendungen in **beiden** Richtungen offen aufgeliefert werden und dürfen nur Mitteilungen in **deutscher** Sprache enthalten.

204.

Zulassung des Postverkehrs mit den Niederlanden und mit Schweden.

Kundmachung des Armeeoberkommandos vom 19. Juli 1916.

Auf Grund des § 5, 2. Abs. der Vdg. des Armeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird der Postverkehr zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen einerseits, und den Niederlanden sowie dem Königreich Schweden andererseits unter folgenden Bedingungen zugelassen:

1. Befördert werden nur gewöhnliche Briefe, einfache Korrespondenzkarten und Warenproben.
2. Die im Okkupationsgebiet nach den genannten Ländern aufgegebenen Sendungen müssen die genaue Adresse und Wohnort des Aufgebers tragen.
3. Die Korrespondenzen dürfen Mitteilungen militärischer Natur nicht enthalten, und können in der deutschen, französischen oder polnischen Sprache abgefasst sein. Die Anwendung einer anderen Schrift als der deutschen und lateinischen, einer Chiffreschrift, der Kryptographie, der Stenographie oder der Stenotypie ist nicht gestattet.
4. Die Rekommandation, das Verlangen nach Expresszustellung und die Antwortscheine sind unzulässig.
5. Im Bereiche des Militärgeneralgouvernements müssen die Briefe offen aufgegeben werden, und werden auch offen weiterbefördert.
6. Die Sendungen müssen im Okkupationsgebiet frankiert aufgegeben werden.
7. Die Versendungsgebühren sind die gleichen wie im Verkehr zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und den genannten Ländern.

Sie betragen somit:

- a) für Briefe bis 20 g 25 h, für je weitere 20 g 15 h;
- b) für Korrespondenzkarten 10 h;
- c) für Warenproben (Höchstgewicht 350 g) für je 50 g 5 h, mindestens 10 h.

205.

Versendung von Zeitungen zum ermässigten Tarif.

Kundmachung des Armeeoberkommandos vom 7. August 1916.

Für die Versendung der in den k. u. k. Okkupationsgebieten erscheinenden Zeitungen (Zeitschriften) kann im Sinne des § 12, Punkt 3, 2. Absatz der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst der ermässigte Zeitungstarif zugestanden werden.

Hiefür gelten folgende Bedingungen:

1. Um die Bewilligung ist von den Zeitungsunternehmungen im Wege des zuständigen k. u. k. Etappenpostamtes durch ein an das k. u. k. Armeeoberkommando gerichtetes gestempeltes Gesuch einzureichen. Die bereits erteilten Bewilligungen behalten ihre Giltigkeit.

2. Der ermässigte Zeitungstarif erstreckt sich nur auf die Versendung von den Zeitungsunternehmungen an die Abonnenten in den k. u. k. Okkupationsgebieten in Polen, Serbien und Montenegro, in Österreich, Ungarn und Bosnien-Herzegovina sowie bei der k. u. k. Armee im Felde.

3. Die Zeitungen sind von den Zeitungsverwaltungen in Schleifen zu legen, welche mit den genauen Adressen der Abonnenten versehen sein müssen. Ausserdem müssen die Zeitungen in der Art zur Absendung vorbereitet und geordnet aufgegeben werden, dass sämtliche an ein und dasselbe Postamt zur Abgabe bestimmten Exemplare in ein Paket vereinigt und mit einer den Namen dieses Postamtes tragenden Hauptschleife versehen sind.

4. Das Zeitungsporto beträgt 2 Heller für jedes Exemplar einer wöchentlich mehrmals erscheinenden Zeitung ohne Unterschied des Gewichtes, sowie für jedes Exemplar eine zwar seltener, mindestens aber zweimal im Monat erscheinenden Zeitung bis zum Gewicht von 250 g. Übersteigt das Gewicht einer Nummer einer derart erscheinenden Zeitung 250 g oder erscheint die Zeitschrift seltener als zweimal im Monat, so beträgt das Porto für jedes Exemplar 2 Heller für je 100 g. Ein überschüssender Teil von 100 g wird für volle 100 g gerechnet. Zeitschriften, welche seltener als einmahl vierteljährig erscheinen, unterliegen dem Porto als gewöhnliche Drucksachen. Zeitungen können nur bis zum Höchstgewicht von 500 g (für jede einzelne Nummer) zum Zeitungstarife versandt werden.

5. Die Frankierung der Zeitungen erfolgt mittels Zeitungsfrankomarken zu 2, 6, 10 und 20 Heller per Stück, die für den Bereich der k. u. k. Feldpost eigens aufgelegt sind.

6. Die Zeitungsfrankomarken zu 6, 10 und 20 Heller sind zur Entrichtung des normierten Frankos für Zeitungen hauptsächlich dann zu verwenden, wenn mehrere Exemplare zur einer Sendung vereinigt aufgegeben werden.

7. Die Verwendung der Zeitungsmarken zur Frankierung der Zeitungen ist ausschliesslich nur den Zeitungsredaktionen gestattet, auf keinen Fall etwa privaten Personen und dürfen die k. u. k. Etappenpostämter die Zeitungsfrankomarken zu diesem Zwecke an die Zeitungsverwaltungen gegen bare Bezahlung ablassen. Die geringste Verkaufsmenge ist 100 Stück. Die Zeitungsverwaltungen dürfen die Zeitungsfrankomarken nur bei dem zuständigen k. u. k. Etappenpostamt beziehen.

206.

Missbrauch der Notbremse in den Zügen der k. u. k. Heeresbahn-Nord.

Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements in Polen vom 7. August 1916.

Auf Befehl des k. u. Armee-Oberkommandos Eb. Nr. 13241 vom 19. Juli 1916.

Das Kommando der k. u. k. Heeresbahn-Nord wurde ermächtigt, jeden Reisenden, der ohne Notwendigkeit die Notbremse zur Wirksamkeit bringt, unbeschadet der Anwendung des Strafgesetzes und der polizeilichen Strafordnungen zum alsogleichen Erlage einer Strafe von 20 Kronen zu verhalten.

Diese Strafgeelder sind zu Gunsten der Heeresbahn einzuheben.

Nr. 14642/v ex 1916.

207.

K. u. k. Gendarmeriepostenkommando in Ciotcza, Neuaufstellung.

In Ciotcza wurde für den territorialen Bereich der Gemeinde Wielkie ein neuer, dem k. u. k. Gendarmeriezugskommando Michów unterstehendes k. u. k. Gendarmeriepostenkommando errichtet, welches mit 18./8. 1916 seine Tätigkeit begonnen hat.

Nr. 15551/v ex 1916.

Nr. 15288/v ex 1916:

208.

S p e n d e n.

Aus Anlass des Geburtsfestes Seiner Majestät des Kaisers und Königs Franz Josef I. hat das k. u. k. Kreiskommando in Lubartów den Betrag von 1500 Kronen für notleidende Bevölkerung des Kreises gespendet.

Dem Weisenhause in Jacek, Gemeinde Lucka hat das Kreiskommando eine Unterstützung von 500 Kronen gespendet.

209.

Schulverein „Polska Macierz Szkolna“ in Polen.

Erllass des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 6. Juni 1916.

Um die Entwicklung des Schulwesens in unserem polnischen Okkupationsgebiete zu fördern und mit schulbehördlichen Aufgaben betrauten Organen der k. u. k. Militärverwaltung eine Unterstützung beim weiteren Ansbau des Unterrichtes zu gewähren, ist es dringend wünschenswert, dass im k. u. k. Okkupationsgebiete die Tätigkeit des vor Jahren durch die russische Herrschaft unterdrückten polnischen Schulvereines „Polska Macierz Szkolna“ und zwar als eine von Warschau und dem deutschen Okkupationsgebiete der Natur der Sache nach zwar unabhängige jedoch mit der Zentrale in Warschau in Kontakt stehende Organisation wieder auflebe. Den Filialen und Zweigvereinen dieser Organisation sowie den einzelnen Personen und Korporationen, die dem Vereine als Mitglieder angehört haben, wird daher von der Militärverwaltung jedwede Unterstützung und Förderung bei Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu gewähren sein. Auf den Beitritt weiterer Mitglieder wird soweit irgend möglich hingewirkt werden.

Die einzelnen Zweigvereine und Ortsgruppen in unserem Okkupationsgebiete werden ehebaldigst in einer Zentrale in Lublin vereinigt, von der aus die gesamte Vereinstätigkeit in intellektueller wie in wirtschaftlicher Hinsicht geleitet wird.

Es bedarf nicht der Erwähnung, dass die gesamte Vereinstätigkeit der „Polska Macierz Szkolna“ in unserem Okkupationsgebiete bezüglich der Anwerbung von Mitgliedern, der Geltendmachung der Vereinszwecke, der Sammlung von Beiträgen, der Vermögensgebarung u. s. w. der vereinsbehördlichen Aufsicht der k. u. k. Militärverwaltung unterliegt. Diese Aufsicht wird gegenüber der Zentrale in Lublin durch das Militärgeneralgouvernement, gegenüber der Wirksamkeit anderer Zweigniederlassungen oder Ortsgruppen sowie der einzelnen Mitglieder durch die Kreiskommandos ausgeübt werden.

Die Schulaufsicht und die sonstigen schulbehördlichen Funktionen werden wie bisher gemäss den Verordnungen des Armeeoberkommandanten vom 7. März 1915 Nr. 6 V.-Bl. 17. Oktober 1915, Nr. 41 V.-Bl. und 8. März 1916 Nr. 52 V.-Bl. durch die k. u. k. Militärverwaltung ausgeübt. In die zu schaffenden fachlichen **Beiräte** jeder Schulbehörde werden aber jede falls aussser den Vertretern der Religionsgesellschaften, der Lehrerschaft, der Gemeinden und der Gesundheitspflege—auch Mitglieder des Vereines „Polska Macierz Szkolna“ berufen werden.

210.

S t e c k b r i e f.

Aus dem hiesigen Feldareste ist am 26. August 1916. der zu 15. Monaten schweren verschärften Kerker verurteilte STANISLAUS ZURKIEWICZ: Fuhrman aus Tomaszów, 38. Jahre alt, verheiratet, entwichen.

Derselbe ist grosser Statur, Haare braun, Augen grau, Nase lang, Mund proportioniert, Kinn oval, Gesicht länglich, hat alte zerfetzte Zivilkleider, weissen Hut, und zerrissene Stiefel an.

Alle Kommanden, Gerichte und Sicherheitsorgane werden ersucht, nach den Genannten zu forschen, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und dem hiesigen Feldarreste zu überstellen.

K. u. k. Militärgericht in Tomaszów.

Tomaszów, am 27, August 1916.

211.

VERZEICHNIS

über Bestrafungen vom Militärgerichte als erkennenden Gerichte in der Zeit
vom 11. bis 31. August 1916.

Fortl. Zl.	Name	Zl. Tag des Urteiles	Strafbare Handlung	Art und Ausmass der Strafe
1.	Fiutka Jan	K. 120/16. 31/8.	Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens (§. 606 MstG.)	4 Monate strenger u. verschärfter Arrest
2.	Gołębiowski Pawel	K. 134/16. 31/8.	Vergehen des Betruges, §§ 510, 733 MstG.	je eine Woche Arrest
3.	Juszek Marcela			
4.	Käzmann	K. 154/16. 31/8.	Verbrechen des Betruges durch Verfälschung einer öffentl. Urkunde (§§. 502, 504: d MstG.)	4 Monate versch. Kerker
5.	Woźniak Jan			
6.	Woźniak Stanisław	K. 158/16. 31/8.	Vergehen des Betruges (§§. 510 und 733 MstG), Verbr. des unbef. Besitzes von Waffen nach §. 2 Vdg. AOK Nr. 51/16.	3 Monate versch. Kerker 1 Monat versch. Kerker
7.	Błaszczak Franciszka	K. 165/16. 31/8.	Vergehen der Aufwiegelung (§. 56 MstG)	1/2 Monat Arrest
8.	Szymanek Maryanna	K. 170/16. 31/8.	Vergehen gegen öffentl. Anstalten u. Vorkehrungen nach § 569 MstG.	14 Tage Arrest
9.	Mikolajski Stanislaw	K. 182/16. 31/8.	Vergehen der Wachebeleidigung (§. 569 MstG.)	14 Tage versch. Arrest

Der k u k Kreiskommandant

Ritter von ZAWADZKI, Oberst m. p.

DRUKARNIA
"POŚPIESZNA" i

PRACOWNIA
STEMPLI
KAUCZUKOWYCH



STANISŁAW DŻAŁ
w LUBLINIE,
KOLŁATAJA № 3.

(Obok Kasy
Przemysłowców).